

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petition oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 266.

Montag, den 13. November 1911.

18. Jahrg.

## Bürgerschaftswähler von Travemünde Stadt und Land!

Am Dienstag, dem 14. November, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, finden für die viertklassigen Wähler in der Krögerischen Gastwirtschaft in Travemünde die diesjährigen Bürgerschaftswahlen statt. Da heißt es für jeden rechtlich denkenden Bürger, am Wahltage auf dem Posten zu sein und von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Kein Wähler darf im Hause bleiben. Er muß durch seinen Stimmzettel protestieren gegen das herrschende Wahlrecht, gegen die Klügelwirtschaft. Wer das will, der gebe am Dienstag seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie, dem Genossen

**Johann Carl Theodor Schwarz.**

Hierzu eine Beilage.

### Bethmann gegen Heydebrand.

Zwei Tage lang ist im Deutschen Reichstage die Schlacht geschlagen worden, die unumgänglich war. Das Volk verlangte die gefährliche Vertuschungspolitik der Reichsregierung zu brandmarken und es ist von seiner Seite durch den berufenen Mund des Abg. Vebel geschehen.

Während aber am ersten Tage der Reichskanzler auf der Anklagebank saß und der rigorose Kriegsheld Heydebrand dem Junkerhochmut die Bügel schiefen ließ, parierte Bethmann-Hollweg in der zweiten Sitzung die Provokationen des konservativen Führers in wirksamer Weise, wofür ihm selbst die Sozialdemokraten dankend quittierten.

Die Sozialdemokratie hat nicht dem Reichskanzler, sondern sich selber Beifall spendet. Denn was hundertmal in der sozialdemokratischen Presse gestanden, was tausendmal in sozialdemokratischen Versammlungen gesagt worden, was Vebel erst am Tage vorher auseinandergesetzt, das hat Herr v. Bethmann bestätigt. Der Beifall gilt den Worten des Tages, die die Sozialdemokratie nur billigen und unterstreichen kann, nicht der politischen Gesamtpersönlichkeit ihres Hehbers, noch weniger dem von ihm vertretenen System. Wie Herr von Bethmann seine Rede am 10. November mit seiner sonstigen Politik im Einklang zu bringen vermag, ist eine Sache für sich. Diese Rede mußte aber die Sozialdemokratie billigen, um nicht mit sich selber in Widerspruch zu geraten.

Der Reichskanzler hat in dieser Rede weder gegen die Sozialdemokratie, noch gegen den Fortschritt oder das Zentrum gesprochen, er hat sich mit den Nationalliberalen nicht ohne Ironie, aber sachlich und in der Form gemäßigt ausgesprochen, gegen die konservative Partei aber ließ er einen Keulenschlag nach dem andern niederfallen, und mit vernichtender Schärfe kritisierte er die gewissenlose Hegebrede des Herrn von Heydebrand, der am Tage zuvor der Kronprinz rasend Beifall geklatscht hatte. Das Gefühl, einen außerordentlichen, unvermeidlichen Akt der Notwehr zu vollziehen, gab dem Kanzler eine Kraft, die niemand von ihm erwartet hätte — am wenigsten die Betroffenen selbst. Es war ein denkwürdiges Schauspiel, den ungelassen düsteren Mann zu sehen, wie er dem knapp vor ihm sitzenden kleinen geschmeidigen Führer der Junkerfronde ein Wort der Anklage nach dem andern ins Gesicht schleuderte. Die furchtbare Aufregung schien dem Redner fast Atem und Stimme zu benehmen, mühsam preßte er die Worte aus der Kehle — aber sie trafen.

Der Kanzler des Deutschen Reiches hat die regierende Junkerpartei des niederträchtigsten Verbrechens am Vaterlande geziehen. Er hat ihnen ins Gesicht gesagt, daß ihre heuchlerisch zur Schau getragene patriotische Erregung nicht sowohl sachlichen Gründen wie einer insamen Wahlmanie entspringt, er hat ihnen wörtlich ins Gesicht gesagt, daß sie ihren Parteiinteressen dienen, aber das deutsche Volk schädigen, daß ihre Art, die eigene Regierung zu schmähern nicht vereinbar sei mit ihrem angeblichen „nationalen Gewissen“, daß ihr Verhalten geeignet sei, den Patriotismus zu kompromittieren! Noch keinem Kanzler hat diese Kenntnis des wahren Wesens der konservativen Junkerpartei gefehlt, aber noch keiner hat sie von offenerer Tribüne aus so nachdrücklich ausgesprochen! Bismarck schilberte sie als platte Streber, als „Rackers“. „Sie ließen

mich im Stich, als es zunächst einmal darauf ankam, das Deutsche Reich vor der Welt auf die Beine zu stellen“ — aber er sagte es nicht im Reichstag, sondern ließ es in die „Neue Freie Presse“ schreiben, acht Jahre nach seiner Entlassung. Hohentlohe sagte: „Diese Herren pfeifen auf das Reich!“ — aber er sagte es in den Denkwürdigkeiten, die nach seinem Tode herauskamen. Bülow sprach sich dahin aus: sie hätten mit den Interessen der Monarchie und des Landes ein frivolos Spiel getrieben — aber er sagte es zu einem Redakteur des „Hamburgischen Korrespondenten“ einige Tage nach seinem Rücktritt. Wer hätte gedacht, daß Herr v. Bethmann-Hollweg, der am Tage zuvor noch die Hilflosigkeit selbst war, jetzt auf einmal die Kraft finden würde, das verräterische, volksfeindliche Spiel dieser „wahren Patrioten“ vor dem ganzen Lande aufzudecken!

Nur die Kenntnis intimer Vorgänge, über die am Freitag im Reichstage sehr offen, wahrscheinlich nicht ohne Wissen und Willen der Regierung gesprochen wurde, liefert den Schlüssel zum Verständnis dieses in der politischen Geschichte Deutschlands unerhörten Vorgangs. Es war kein anderer als der Kronprinz gewesen, der durch sein unglaubliches Verhalten am Tage zuvor die Bombe, sehr wider Willen, zum Platzen gebracht hatte. Der Kronprinz war sich offenbar dessen nicht recht bewußt geworden, daß er das Werkzeug eines Komplotts war, das sich im letzten Grunde gegen seinen eigenen Vater richtete. Der junge Herr, der sich einen dreitägigen Urlaub genommen hatte, um den Verhandlungen des Reichstages beizuwohnen, ist am zweiten Tage im Reichstag nicht mehr gesehen worden. Man erzählt, daß ihm am Donnerstagabend in Potsdam die notwendigen Anklagen erteilt worden sind, daß er sich bei dem Reichskanzler wegen seines Benehmens entschuldigt, aber dennoch Ordre bekommen hat, in seine Garnison zurückzukehren. Durch das Gefühl dieses Sieges gestärkt, hat dann der Reichskanzler den Mut gefunden, den Kopf der Schlange zu zerbrechen, und im Auftrage des gekrönten Königs dem ungeliebten zum Tanze aufzuspielen, daß ihm Hören und Sehen verging.

Die Genugtuung, die man im sozialdemokratischen Lager über die Rede des Reichskanzlers empfinden darf, wird durch die Kenntnis dieser Zusammenhänge stark getrübt. Immer wieder ist es nur der launische Wechsel der Hofkavalen, der dem Deutschen Reich Regen oder Sonnenschein bringt. Nur die höchste Lebensgefahr hat den Kanzler genötigt, auszusprechen, was er in Erfüllung seiner Pflichten längst offensichtlich hätte sagen müssen, und niemand wird sich der Hoffnung hingeben, daß die Taten der Regierung von morgen ihren Worten von gestern entsprechen werden. Steht doch alles Vernünftige, was der Reichskanzler gesprochen, in schreiendem Widerspruch zur Panther-Politik in Agadir. Da klafft eine Lücke, die niemand mit Reden auszufüllen vermag, wengleich diese Reden wie Felsblöcke niederfielen.

Aber diese Felsblöcke haben die Rote Heydebrand zerschmettert. Wie kläglich die matte Verteidigung des bewährten kleinen Schlachtenverlierers, wie lächerlich aus seinem Munde die Ausrede, auch Wahlpolitik sei erlaubt, denn bei den Wahlen komme die Volksstimmung zum Ausdruck! So der Kommandant der preussischen Dreiklassenfeste, der Mann, der stolz auf den „Beifall der Massen“ verzichtet, der Führer einer Partei, deren Wahlpruch lautet: „Autorität, nicht Majorität!“

Merkwürdiges Schauspiel! Der Kanzler und der konservative Parteihäuptling stehen gegeneinander zum Kampf auf Leben und Tod. Und siehe da: der Kanzler hält seine Angriffschwerter aus der Rüstkammer der sozialdemokratischen Partei. Und der konservative Häuptling sucht in seiner Todesangst einen Schlupfwinkel — wo? Hinter den Wählern der Demokratie! Wo es sich um Sein oder

Nichtsein handelt, werfen sie beide das plumpe Rüstzeug ihrer überlebten Weltanschauungen beiseite und greifen zur modernen Bewaffnung der proletarischen Arbeiterbewegung.

Sie und ihre Parteigenossen und Auftraggeber — was sind sie anderes als Puppen des großen Welttheaters Sie glauben zu schießen, und sie werden geschossen. Unendlich gleichgültig sind doch einzelne Personen gegenüber den großen Ideen und den gesellschaftlichen Massenerscheinungen, aus denen diese Ideen hervordringen! Was ist Bethmann, was Heydebrand? Sie kämpften einen heißen Tag miteinander, und am Abend war es — ein Sieg der Sozialdemokratie.

Gute Vorzeichen für den 12. Januar 1912.

### Der Schluß der Marokkodebatte.

Mit einer vortrefflichen Rede des Genossen Frank begann der dritte und letzte Tag der großen Marokkodebatte. Unwiderleglich zeigte unser Fraktionsredner, daß die wahre Sicherung des Weltfriedens nicht in den schwächlichen Nachwerken wenig fähiger Diplomaten, sondern in der Internationalität der Arbeit und in der Demokratisierung Deutschlands zu suchen sei. Nachdem der Pole Gra Mielczyński nicht mit Unrecht betont hatte, daß das Abkommen neue Reibungsflächen zu schaffen geeignet ist, hielt der Schwabe Hauptmann eine Rede, deren Schärfe sich weit weniger gegen den Schwaben Ribberten, als gegen die Friedensdemonstrationen der Partei richtet, deren Stichwahlhilfe der Redner sein Mandat verdankt. Das Beste an der Rede des großen Kindes aus Schwaben war die Abstraffung der Heydebrandischen Desperadopolitik. Und dann brachte der Reichsverbandsgeneral von Liebert ein wahres parlamentarisches Reiterkunststück fertig: er verschaffte dem Herrn v. Ribberten den ersten parlamentarischen Erfolg, indem er mit einer, eine gewisse große Begabung für Schauerromantik bezeugenden Kraft der Phantasie das Bild ausmalte, wie dank dem Marokkoabkommen einmal Negernhorden die Vogesen überfliegen werden. Mit der einfachen Gegenüberstellung der nüchternen Wirklichkeit des armeligen Turkoanangebots von 1870 gab der Staatssekretär dies Bild dem verdienten Gelächter preis. Herr Erzberger fühlte plötzlich das Bedürfnis, einmalm wieder den freiwilligen Regierungskommissar zu machen und die Kongosümpfe mit Phantasielantagen zu bevölkern. Nebenbei machte der geprüfte Herr in Nachahmung des berühmten Helden Märchen Harden in England. Das trug dem Landsmann Ribbertens eine gründliche Abstraffung seitens unseres Genossen Vebel ein. Gleichzeitig strafe Vebel in ausgezeichneten und eindrucksvollen Ausführungen beides, das freisinnige Gesetz und die reaktionären Verleumdungen in bezug auf die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Kriegfrage.

Es wäre, von allen Parteirückwärtigen abgesehen, im Interesse des Reichstages und der Sache das Beste gewesen, wenn hiermit die Debatte geschlossen hätte. Aber Herr Mugdan wollte es nicht, Herr Mugdan, der da glaubte, sich die Gelegenheit nicht verkneifen zu dürfen durch eine Anrempelung der Sozialdemokratie um die konservative Wahlhilfe zur Rettung seines gefährdeten oberliger Reichstagsitzes zu buhlen. In vergrößelter und provozierender Weise wiederholte er, was die Wiener- und Hauptmann immerhin höflicher gesagt hatten. Herr Mugdan erzielte damit nur das Eine, daß er eine ebenso gründliche wie verdiente Abfuhr vom Genossen Richard Fischer bezog, eine Abfuhr, von der auch der fürwichtige Erzberger seinen Teil abbekam, der wieder einmal geglaubt hatte, sich einmischen zu sollen. Eine gute Wirkung

hatte auch ein zufälliges nicht mit der Sozialdemokratie beschäftigter Passus der Mugdantschen Rede. Er gab überlegen Gelegenheit den zweiten parlamentarischen Erfolg an diesem Tage davon zu tragen. Mit gutem Humor konstatierte der Staatssekretär, daß die neuerdings vielgenannte nationalpolitische Sonntagsversammlung auf ihre eigene Rechnung und Gefahr hin Marokko — mit dem Munde — annektiert habe. Es war nebenbei eine Veranstaltung des stark antisemitisch-nationalistisch durchsetzten Berliner Schriftstellerklubs (Gründung Paul Eiman).

## Die Reichstagswahl.

**Eine neue Reichsverbandsleistung.**  
Durch die Blätter geht folgende Notiz:  
„Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat angeichts der zügellosen Feindungshege der Sozialdemokratie ein neues Flugblatt herausgegeben, das die Aufschrift trägt: „Feindung und Sozialdemokratie.“ Das Flugblatt geißelt die Heuchelei, die von der Sozialdemokratie gerade in dieser Frage an den Tag gelegt wird, aufs schärfste. Es ist zu beziehen durch die Hauptstelle des Reichsverbandes, Berlin S.W., Dessauerstr. 30.“  
Der Reichsverband will also die harten Tatsachen, die von der Feindung Kunde geben, durch gleichende Worte aus der Welt schaffen!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Berliner Friedensdemonstration.

Abermals war das Berliner Proletariat zu einer Friedensdemonstration aufgerufen. Galt die im Juli dieses Jahres in der „Neuen Welt“ abgehaltene imposante Kundgebung besonders einer Verbrüderung des deutschen und französischen Proletariats, als die Marokkofrage im Vordergrund begriffen war, so hatten die am Sonntag stattgefundenen zwölf Demonstrationenversammlungen den Zweck, zwar für den Völkerverein im allgemeinen, daneben aber besonders gegen den italienischen Raubzug nach Tripolis zu demonstrieren.

In den überfüllten Versammlungen lauschten die Massen, darunter viele Frauen, den Rednern. Es referierten die Genossen Otto Büchner, Otto Braun, Fritz Ebert, Richard Fischer, Ludwig Frank-Mannheim, Adolf Geck-Offenburg, Gustav Lehmann-Wiesbaden, Hermann Wolkenbühr, Wilhelm Pfannkuch, Philipp Scheidemann, Robert Schmidt und Heinrich Ströbel. Außerdem sprach in jeder Versammlung einer der folgenden ausländischen Genossen: Thomas-Paris, Hunsman-Brüssel, Vandervelde-Brüssel, Dr. Kenner-Wien, Winarski-Wien. Fast alle Versammlungen wurden, da sie überfüllt waren, polizeilich abgesperrt. In einzelnen Lokalen wurden Parallelversammlungen abgehalten. Viele Tausende von Personen fanden trotzdem keinen Einlaß.

Den Ausführungen der Referenten wurde lebhaft zugestimmt und einstimmig nahmen die Versammelten eine Resolution an, in der gesagt wird, daß die herrschende Schutzpolitik die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten steigert und die Kriegsgefahr vergrößert. Diese Politik habe das sich beschleunigende Wettstreiten der kapitalistischen Staaten zur Folge und bedinge den wachsenden Steuerdruck, der für Kulturaufgaben keine Mittel übrig läßt. Ferner habe diese Politik eine Ira großer Kolonialkriege und auch das deutsch-französische Marokko-Abenteuer heraufbeschworen.

Dann heißt es in der Resolution wörtlich:

„Die Versammlung brandmarkt die freche Friedensführung durch die italienische Regierung; sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der dem Völkerverein hohnsprechenden Grausamkeit und Brutalität der italienischen Kriegsführung und kennzeichnet insbesondere die Erschießung der kriegsgefangenen Araber als feigen Mord.“

Die Versammlung drückt den türkischen und italienischen Opfern dieses Krieges ihre warmste Teilnahme aus; sie sendet ihren Brüdern und Klassenossen in der Türkei und Italien ihre warmsten Grüße und weiß sich in der unerlöschlichen Feindschaft gegen den Krieg eins mit dem Millionenheer der sozialistischen Internationalen.

Die Versammlung dankt insbesondere ihren Genossen in Saloniki für den mutigen Protest und dem italienischen Proletariat für die kühne Tat des Demonstrationstreiks, durch die es jede Gemeinschaft mit der Barbarei seiner Beherrscher von sich gewiesen hat.

Die Versammlung konstatiert, daß der Kapitalismus unfähig geworden ist, die gewaltigen Produktionskräfte der vereinigten Produktion länger zu beherrschen, daß sein Verfall Feindung und Kriegsgefahr in Permanenz bedeutet und deshalb mit dem kulturellen Aufstieg der arbeitenden Menschheit unvereinbar geworden ist. Sie warnt die Herrschenden vor den notwendigen Folgen kriegerischer Abenteuer und erklärt, alles daranzusetzen, um der Arbeiterklasse die politische Macht zu erobern, die die Vorbedingung ist für die Vergeßlichkeit der Produktion, für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

„Denn der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus ist der Friede!“

Erhöhtes Interesse und besondere Aufmerksamkeit wurde den Ausführungen unserer ausländischen Gäste entgegengebracht. Ihre Bekundungen, internationaler Solidarität und Brüderlichkeit und ihr Aufruf des gesamten internationalen Proletariats zum Kampfe gegen den Imperialismus und den menschenmordenden Kapitalismus fanden begeisterte Zuhörer und minutenlange Beifallsbezeugungen. Dabei wurde auch echte Brüderlichkeit durch kameradschaftliche Begrüßung offenbart und durch den Aufruf der Versammelten an die ausländischen Redner, unseren Brüdern im Auslande unsere Grüße zu über-

bringen, mit dem Gelübde der deutschen Arbeiter, alles zur Erhaltung des Völkervereins tun zu wollen.

Die Polizei verhielt sich in allen Versammlungen sehr zurückhaltend und die Ordnung wurde durch eigene Ordner aufrechterhalten. Nach den Versammlungen gingen die Massen ruhig auseinander. Größere Polizeiaufgebote waren im Zentrum der Stadt konzentriert, um vermutlich dort Straßendemonstrationen nicht auskommen zu lassen.

### Eine interessante Verwahrung.

In der „Frauen-Rundschau“ des „Berliner Tageblatts“ veröffentlichte am Freitag Frau Bré einen Aufruf an die Frauen, als Antwort auf die italienischen Grenel in Tripolis, die italienischen Waren zu boykottieren. Das „Berliner Tageblatt“ konnte bisher diese Grenel nicht scharf genug verurteilen, ist doch sogar das Haus des Spezialberichterstatters jenes Blattes von den Italienern beschossen worden. Um so auffälliger ist es, daß die Redaktion des „Berliner Tageblatts“ am Freitag abend erklärte:

„Obwohl wir die Ausschreitungen, die von einem Teile der italienischen Soldaten in Tripolis begangen worden sind, gewiß aufs schärfste verurteilen, legen wir doch Wert darauf, zu betonen, daß die Redaktion des „Berliner Tageblatts“ den Aufruf der Frau Ruth Bré nicht billigt und Mittel, wie diese Dame sie vorschlägt, auf das entschiedenste ablehnt.“

### Die neue preussische Wahlrechtsvorlage.

Zu der Meldung der Frankfurter „Volksstimme“, eine neue preussische Wahlrechtsvorlage sei den Landräten in mehreren Entwürfen zugegangen, wird mitgeteilt, die Angelegenheit befände sich noch im Stadium der ersten Entwicklung und es können noch keine Bestimmungen getroffen werden, ob und wann der Entwurf dem preussischen Landtage zugehen wird.

### Die Änderung der Einfuhrsöhne.

Ist nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ dahingehend in Aussicht genommen, daß deren Gültigkeitsdauer von sechs Monaten auf drei Monate herabgesetzt und die Benutzbarkeit der Söhne für die Einfuhr von Kaffee und Petroleum ausgeschlossen wird.

### Dr. Solf als Bundesratsbevollmächtigter.

Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs des Reichskolonialamtes beauftragte Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, wurde zum Bevollmächtigten des Bundesrats ernannt.

### Manneſtreue und Herrentreue.

Die „Post“ ist, wie nicht anders zu erwarten war, von dem Verhalten des Kronprinzen in der Donnerstags-Sitzung des Reichstages geradezu entzückt. Im Ueberschwang der Freude erblickt sie in dem Kronprinzen einen Mann nach den Wünschen der Alldeutschen. Das Blatt wendet sich unter obiger Spitzmarke scharf gegen jenen Teil der Presse, der das Verhalten des Kronprinzen nicht gebilligt hat und sagt hierzu:

„Man soll die Hände von diesem jungen Manne lassen, den einst des Reiches Kaiserherrlichkeit umkleiden wird, und der uns heute bereits mehr ist, als es sein bloßer Titel besagt: der uns heute schon als eine große Hoffnung gilt. Uns und dem Volke, das mit seinem Instinkt die Psyche dieses Prinzen erkannt hat, und das ihn nicht bloß deshalb mit seiner ganz besonderen Liebe umhegt, weil er zufällig der Erbe der Krone ist. Das deutsche Volk hat von jeher ein feines Empfinden dafür gehabt . . . was in den Männern steckte, die ihm auf dem Thron, im Staatsamt oder in der Heeresleitung als Führer gesetzt waren. Und es weiß ganz genau, daß dieser Kronprinz so eins mit seinem Fühlen und Denken ist, wie es nur je einer war, der berufen war, die Krone zu tragen. Darum soll man ihn unangestastet lassen, und sollte sich vor allem hüten, den Keim der Verbitterung in sein junges Herz zu senden, die naturnotwendig zum Mißverstehen und zur Resignation führen muß. Was dabei herauskommt, — nun, die neuere Geschichte hat es wohl zur Genüge gelehrt!“

Ob sich die Hoffnungen der Alldeutschen, die sie heute auf den Kronprinzen setzen, erfüllen werden, bleibt doch erst noch abzuwarten. Das „Berliner Tageblatt“ meinte, der Kronprinz müsse sich erst noch eine Zeitlang den Wind um die Nase wehen lassen, ehe man ein klares Bild von seinen politischen Ansichten gewinnen könne.

Vielleicht, daß der Kronprinz von den Führern der Konservativen ganz erheblich beeinflusst war. In den letzten Tagen machte er von Danzig aus einen Ausflug nach Sannichau, wo er als Jagdgast des Abg. von Oldenburg-Sannichau sich aufgehalten hat. Erfahrungsgemäß pflegen bei solchen Angelegenheiten nicht nur jagdsportliche, sondern auch andere Dinge besprochen zu werden. Fast zur selben Zeit, als diese Jagd stattfand, wurde der Brief des Bündlerführers, Freiherrn von Wangenheim bekannt, in dem dieser mit besonderem Nachdruck betonte, daß auf den Reichskanzler durchaus kein rechter Verlaß sei.

### Rußland.

**Der Verzweiflungskampf der politischen Gefangenen.** Im Rigaer Zentralgefängnis haben die politischen Gefangenen am 29. Oktober den „Hungerstreik“ begonnen. 400 Gefangene haben die Annahme von Speise verweigert, um gegen das Henkerregiment im Gefängnis zu protestieren. 400 Gefangene, darunter zahlreiche Kranke, haben 3 Tage lang gehungert, um die Öffentlichkeit von den Greueln auf der Rigaer „Katorga“ in Kenntnis zu setzen. Obwohl von dem jahrelangen Aufenthalt im Kerker und dem Hungerregiment der Administration entkräftet, haben die Gefangenen zu diesem letzten verzweifeltsten Schritt gegriffen, denn es galt, ihre Menschenwürde vor den Angriffen der Zarenherrscher zu verteidigen, es galt, sich dagegen zu schützen, daß auch das Rigaer Zentralgefängnis, gleich den Kerkern von Orel, Wologda, Serenkui u. a. in eine Prügels- und Folteranstalt umgewandelt wurde. Am 24. Oktober wurden zwei Gefangene, Reinhold und Kupitschenko auf Befehl des Gefängnisdirektors durchgepeitscht, nachdem sie früher eine Karzerstrafe von 30 Tagen verbüßt hatten. Diese Exekution war die erste seit dem Beginn der Rigaer Katorga! Der schwindliche Reiz-

hold würde unter den Händen seiner Peiniger ohnmächtig. Trotzdem wurde die Exekution an dem Ohnmächtigen zu Ende geführt. Der anwesende Feldscher konnte den Anblick nicht ertragen und floh aus dem Zimmer. Als diese Greuel den Gefangenen bekannt wurden, kam der lange zurückgehaltene Groll zum Ausbruch. Schon seit dem 1. Juli d. J., wo der frühere Gefängnisdirektor in Samara, der Bluthund Sankowitsch, nach Riga versetzt wurde, war die Lage der Gefangenen mit jedem Tage schlimmer geworden. Die Roheit der Beamten kannte keine Grenzen. Täglich regnete es Karzerstrafen. Jede Klage der Gefangenen wurde mit neuen Repressionen beantwortet. Wie uns ein Genosse schreibt, war die Stimmung der Gefangenen derart, daß sie zu allem bereit waren, um nicht ein solches Leben weiter führen zu müssen. — Als die Gerüchte von dem Hungerstreik im Gefängnis in die Stadt drangen, telegraphierten die Angehörigen der Gefangenen an den Rigaer Dumaabgeordneten Genossen Dr. Freedkalt. Erst auf seine Vorstellungen hin wandte sich der Chef der Hauptgefängnisverwaltung, Chruschow, mit einer Anfrage an die örtliche Administration, die den Hungerstreik bis dahin geheim gehalten hatte. Gleichzeitig wurde der Staatsrat Bötticher zur Revision des Zentralgefängnisses nach Riga entsandt. Ob aber diese bürokratische Maßnahme zur Abstellung der herrschenden Greuel führen und die Lage der Gefangenen erleichtern wird, kann mit Recht bezweifelt werden.

### China.

**Die Revolution.** Aus Nanking wird gemeldet: Von den Mandchus, die augenblicklich hier die Oberhand haben, werden Männer, Frauen und Kinder der Chinesen ohne Unterschied gemordet. Über 50 000 Personen sind geflüchtet, sie ziehen an dem Eisenbahngleis nach Schanghai entlang, da die Züge nur den geringsten Teil zu befördern vermögen: Die Mandchus sind hier zahlreicher als in irgend einer anderen Stadt, ausgenommen Peking. Trotzdem werden sie nicht imstande sein, sich auch nur einige Tage zu behaupten, sobald die Chinesen sich von der Überraschung erholt haben. Man befürchtet in Schanghai, daß die Gewalttaten in Nanking zu einer Wiedervergeftung in Peking und anderen Städten führen. Die Konfuzi in Schanghai haben beschlossen, die Europäerstadt in Verteidigungszustand zu setzen.

## Der Raubkrieg.

Die spärlichen Nachrichten, die heute vom Kriegsschauplatz vorliegen, bestätigen nur, daß es in den letzten Tagen vor Tripolis zu ziemlich ersten Kämpfen gekommen ist, bei denen von eigentlichen Siegen und Besetzten kaum geredet werden kann. Die Italiener werden hinter ihren Befestigungen und Laufgräben offenbar ständig von Türken und Arabern belästigt; die Organisation ihrer Streitkräfte durch Einreihen der neu eingetroffenen Verstärkungen wird dadurch erschwert und ein Vorstoß in das Innere auf lange hinausgeschoben.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 13. November.

**Achtung, Bauarbeiter!** über die Firma Logner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Rabenstraße) wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tariffkommission.

## Achtung, Bürgerchaftswähler des Lübschen Landgebiets!

Wie uns soeben mitgeteilt wird, sind trotz dieser gezügelter Abmachungen die Stimmzettel aller Parteien für die morgige Wahl nicht gleich. Wer nun Bedenken trägt, den sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben, weil er glaubt, derselbe sei unerkennbar zu erkennen, den kann einen gegnerischen Stimmzettel nehmen, den darauf stehenden Namen deutlich erkennbar durchstreichen und dafür den Namen Geschäftsführer Theodor Schwarz-Lübeck aufschreiben. Solche Stimmzettel sind gültig. Lasse sich niemand durch die ungeschwänkten Machinationen der Gegner, die im trüblichen wolkeln, beirren, und wähle jeder nunmehr erst recht den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen

### Theodor Schwarz.

Lübeck Großstadt. Nach der Fortschreibung des statistischen Amtes hat Lübeck Sonnabend, den 11. November, 1911, 100 000 Einwohner erreicht und ist damit Deutschlands jüngste Großstadt geworden.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 20. November, abends 6 Uhr, statt. Wahrscheinlich wird es die letzte Versammlung der Bürgerchaft in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung sein.

**Gewerbegerichtswahl.** Nach Vorschrift des § 14 des Lübschen Gewerbegerichtsgesetzes vom 25. November 1905 wird bekannt gemacht, daß als Wahltag für die Wahl der Mitglieder des Gewerbegerichts Dienstag, der 28. November d. J., festgesetzt ist. Als Wahlräume sind bestimmt: I. für die Wahl der Arbeitgeber: im ersten Wahlbezirk, umfassend das Jakob-Quartier der Stadt Lübeck, die Vorstadt St. Gertrud und den Burgtor-Landbezirk, das Lokal des Bürgervereins, Königsstr. 25, im zweiten Wahlbezirk, umfassend das Marien-Magdalenen-Quartier und das Marien-Quartier der Stadt Lübeck, das Junngshaus der Bauhütte, Fischstraße 9, im dritten Wahlbezirk, umfassend die Vorstadt St. Lorenz, den Holstentor-Landbezirk und den Rigaer Landbezirk, das Konzerthaus Flora, Nebenhoffstraße 9 und 9a, im vierten Wahlbezirk, umfassend das Johannis-Quartier der Stadt Lübeck, die Vorstadt St. Jürgen und den Mühltor-Landbezirk, das Haus der Lübecker Turnerschaft, An der Mauer Nr. 55a, im fünften Wahlbezirk, umfassend das Städtchen Travemünde und den Travemünder Landbezirk, das „Hotel de Russie“ in Travemünde, Vorderreihe Nr. 52; II. für die Wahl der Arbeiter: im ersten Wahlbezirk, umfassend das Jakob-Quartier der Stadt Lübeck,



# Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Unsere Warenabgabestelle für

## Manufaktur- und Hausstandswaren,

Glandorffstraße 1,

empfehlen wir unseren Mitgliedern angelegentlichst.

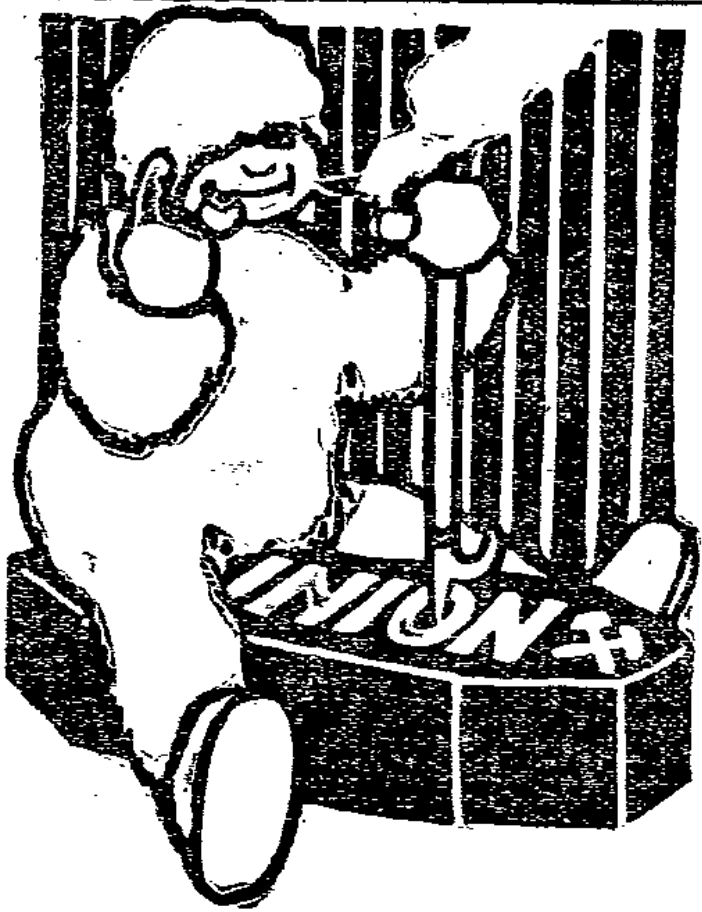
Als Mitglied

## der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg

sind wir imstande einen großen Teil der von uns geführten Waren direkt von den ersten und leistungsfähigsten Fabriken zu beziehen und können dadurch unseren Mitgliedern bedeutende Vorteile bieten.

Bei Bedarf bitten wir um Besichtigung.

Der Vorstand.



## Bedenken Sie

die Ersparnis, welche Sie erzielen bei Verwendung von

# Union-Brikets!

Ein Versuch überzeugt!

Erhältlich in den Kohlenhandlungen!

## Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

## Einladung zum Ball

der Metallarbeiterinnen

am Sonnabend, d. 18. November 1911,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang abends 8 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Das Komitee.

## Ueber 100

hochbedeutendster, St. Effert, eig. die-  
jähr. Zucht, u. gold. u. silb. Me-  
dall. 1. u. Ehrenpr. ordm., unüber-  
tr. tief u. tonant, vora. Leg-  
u. Lichtgänger, 8 La. Probe, Alperd.  
empf. Siegl. Buch, Rothsch. Zei-  
fuge, Kreuzschuß, Dampf, gut  
sprech. grüne u. graue Rasageien  
u. viel Neues! A. Karge, S. 72.

Hasenelle, Kamin, Utis, Otter,  
Marder, Fuchs u. sowie  
Pferdehaare  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
D. Wagner, Holtenauerstr. 8.

## Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 15. November  
abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:

## 7. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:  
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.

Solisten:  
Das Waldhornquartett, die Herren  
Seidel, Otto, Waisigk u. Koethke.

Opera- u. Operetten-Abend.

Zur Ausführung kommen u. a.:

Arie u. Chor aus die „Zauberflöte“  
W. A. Mozart

Ouverture zu „Der Freischütz“  
C. M. von Weber.

Intermezzo aus „Holzmanns Erzäh-  
lungen“ J. Offenbach.

Programm im Lübecker Konzert-  
Anzeiger.

## Achtung Schneider!

## Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 14. Nov.  
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Ball.

2. Kartellbericht.

3. Antrag der Arbeitgeber Betreff.  
unserer Arbeitsschweizer.

4. Beschlüsse.

Die Ortsverwaltung.

# Große öffentliche Volks-Versammlung

am Dienstag, den 14. November cr., abends 8 1/2 Uhr  
im Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

## 1. Die sozialdemokratische und bürgerliche Kommunalpolitik.

Referent: Schriftsteller August Kasch-Hamburg.

## 2. Freie Aussprache.

Bürgerschaftswähler! Einwohner Lübecks! Erscheint in Massen in dieser Versammlung.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

P. Löwig, Johannisstr. 46.

Öffentliche politische Versammlungen.

# Grosse öffentl. Volksversammlungen

finden statt:

Am Donnerstag, dem 16. November, abends 8 1/4 Uhr  
im Gasthaus „Zum roten Löwen“, Moislinger Allee.

Referent: Arbeitersekretär Hoff.

Im Lokale „Wakenitz-BelleVue“, Dorotheenstraße.

Referent: Reichstagsabgeordneter Theodor Schwarz.

Im Lokale „Waisenhof“, Fadenburger Allee.

Referent: Bürgerschaftsmitglied Gustav Ehlers.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

## Die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen.

In allen Versammlungen freie Diskussion.

In Anbetracht der Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen werden die Arbeiter u. Arbeiter-  
frauen, die Bürgerschaftswähler, wie überhaupt alle freigesinnten Einwohner Lübecks ersucht, in den  
Versammlungen zu erscheinen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

P. Löwig, Johannisstraße 46.

## Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Die Dienstag fällige Versamm-  
lung findet wegen der Volksver-  
sammlung nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

## Ball der Bedienung

verbunden mit

— Kappentanz —

am Dienstag, d. 14. November

im Lokale „Waisenhof“

Inhaber: Gust. Gipp.

Eintritt 20 Pfg. Anfang 8 Uhr.

Dieszu ladet freundlichst ein

Die Bedienung.



## Deutsch. Gastsp.-Ensemble

d. Lyceumtheaters, London.

## Das Teufelsweib

The worst woman in London.

Melodramatisches Ausstattungs-

stück in 7 Aufzügen.

Vorverkauf bei Seger.

Vorzugskarten wochentag gültig.

## Neues Stadttheater.

Dienstag, 14. Novbr. 7 1/2 Uhr.

Voll-Abonn. 52. Dienstag-Ab. 9.

## Die weiße Dame.

Romant. Oper von Hofeldien.

Mittwoch, 15. November. 8 Uhr.

## Bei kleinen Preisen!

Zum letzten Male!

## Der Bettelstudent.

Operette von Müllacker.

Zu Vorbereitung! Ken!

## Gawân.

Magisterium von Studien.

## Achtung!

# Deutscher Bauarbeiter-Verband

Öffentliche

# Versammlungen:

Mittwoch, den 15. November 1911, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Donnerstag, den 16. November 1911, nachm. 4 1/2 Uhr,  
bei Herrn Saborowski in Schlutup.

Donnerstag, den 16. November 1911, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Herrn Hoyer in Moisling.

Freitag, den 17. November 1911, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
bei Herrn Dortmund in Travemünde.

Freitag, den 17. November 1911, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Herrn Paetau in Fadenburg.

Tages-Ordnung:

## Der Bauarbeiterverband jetzt und 1913.

Referent in allen Versammlungen:

Kollege Hugo Kober-Hamburg.

Kollegen! Agitiert für den Besuch aller im Baugewerbe beschäftigten  
Arbeiter.

Der Zweigvereinsvorstand.

## General-Versammlung

der

## Lübecker Vereinsbrauerei e. G. m. b. H.

am 30. November 1911, nachmittags 5 Uhr  
im Moislinger Baum (Rud. Schmachtel).

Strassenbahn-Linie 9.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht, Bilanz und Abrechnung.

2. Wahlen.

3. Entschädigung an den Aufsichtsrat.

4. Verschiedenes.

Lübeck, den 10. November 1911.

Der Aufsichtsrat.

## Der Beginn der fünften Duma-Session.

Vor etwa einer Woche ist, nach fast halbjähriger Unterbrechung, die Duma zu ihrer letzten Session zusammengetreten. Sie tagt jetzt nicht nur in einer politisch viel bewegteren Zeit, unmittelbar nach einschneidenden Personalveränderungen an den wichtigsten Regierungsstellen, sie steht auch vor dem Abschluß ihrer jetzt vierjährigen Tätigkeit, die während der Wahlkampagne im nächsten Jahre ihre Würdigung finden wird. Die gesetzlichen Vollmachten der dritten Duma laufen zwar erst am 20. November 1912 ab, aber an diesem Tage muß schon die vierte Duma zusammentreten, wenn die Regierung nicht ohne Budget bleiben will. Da die Wahlkampagne, bei der kompliziertesten Wahlordnung, einige Monate in Anspruch nehmen muß, ist an eine Herbstsession der Duma nicht zu denken. Wie die „Nowoje Wremja“ mitteilt, dürfte die Auflösung der Duma sogar schon Ende März erfolgen, so daß der oktobristischen Duma nur noch eine Galgenfrist von 4 bis 5 Monaten beschieden ist. In diesem Zeitraum, der noch durch die Weihnachtserferien verkürzt werden wird, muß das ganze Pensum der „gesetzgeberischen Mädeln“, das die Regierung der Duma zugewiesen hat, aufgearbeitet, und das Budget für 1912 erledigt werden, so daß für die angekündigten „Reformvorlagen“ betreffend die Beamtenverantwortlichkeit, die Unantastbarkeit der Person, die Arbeitergesetzgebung usw. kaum die nötige Zeit übrig bleibt. Hierzu kommt noch, daß das Erbe Stolypins: die den Finnländern, den Polen und den Juden zugesprochenen Knebelungs-Gesetze, der Erledigung harret und jedenfalls von der Dumamehrheit in den Vordergrund gerückt werden wird.

Die letzte Annahme ist um so wahrscheinlicher, als die Oktobristen und die Nationalisten ein Abkommen getroffen haben, die erwähnten chowinistischen Pläne in erster Linie zu verwirklichen. Dieser Beschluß der Oktobristen beleuchtet grell die Parteiverhältnisse in der „Serenduma“. Wenn die Oktobristen noch im Frühling, anlässlich des Verfassungskonfliktes, einige „awacie oppositionelle“ Anläufe nahmen und gegen Stolypin ausmühten, so haben sie jetzt, nach den Revolversehungen in Kiew, den Namen Stolypins zu ihrem Panier erhoben und vollen Anschlag nach rechts gesucht. Bei der vorrückenden Politik des neuen Premierministers Kokowzew, der vorläufig noch das Terrain jonbiert, bedeutet dieser Vorstoß der Oktobristen eine kräftige Beeinflussung des Regierungskurses in reaktionärem Sinne. Die Bankrotture des Oktobermanifestes, die den Zusammenbruch des Stolypinschen Systems mit verächtelt haben, suchen nun zu reiten, was zu reiten ist, indem sie sich den Pogromparteien offen in die Arme werfen und die Politik des

kriegerischen Nationalismus und der unverhüllten Reaktion als ihr Banner in den Wahlkampf tragen.

Von diesen Erwägungen geleitet, nahmen die herrschenden Parteien die Beratungen in der Duma auf und suchten ihr Aktionsprogramm von der ersten Sitzung an konsequent durchzuführen. Aber schon der Auftakt zu der neuen Session brachte ihnen eine arge Enttäuschung. Die Oktobristen veranstalteten in der Eröffnungssitzung eine „patriotische Demonstration“ zugunsten des Andenkens des „unvergesslichen“ Stolypin und benutzten ihre Interpellation über das Kiewer Attentat zu den gemeinsten Angriffen gegen die Juden und die Sozialdemokraten. Aber die Debatte wegen dieser, und noch wegen der sozialdemokratischen Interpellation verwandelte sich in ein Strafgericht über das ganze Provokationsystem der Regierungsbanden und der sie unterstützenden Mehrheitsparteien. Der Redner der Kadetten, Roditschew, prägte das Wort von der „Spionakratie“, die das Land beherrsche, und unser Genosse Bokrowski hielt hernach gründliche Abrechnung mit den Provokateuren auf den Regierungstufen und ihren parlamentarischen Lakaien. Die Angriffe der Oktobristen gegen die „Ochrana“ — so führt der Redner aus — seien nur eine vorübergehende Erscheinung, ein Ergebnis ihrer Furcht vor diesem System, das sich jetzt gegen seine Schöpfer gewendet hat. „Die Sozialdemokraten haben keinen Anlaß sich darüber zu beunruhigen, daß die Ochrana der Regierung Unheil gebracht. Wohl aber haben sie Anlaß zur Beunruhigung, daß die Ochrana dem Lande Verderben bringt, und daß das öffentliche Leben Rußlands dank ihrer Tätlakeit und der wohlwollenden Unterstützung, die die Oktobristen ihr angedeihen lassen, während der fünfjährigen Regierung Stolypins in einen lebenden Leichnam und das Oktobermanifest in einen Felsen von Papier verwandelt worden ist.“ Auf die Angriffe des Oktobristenführers Gutschkow, der den Sozialdemokraten die Schuld an dem Terror aufbürdete, antwortete unser Genosse Gogolichowski, der den Führer der Dumamehrheit die verdiente Züchtigung zuteil werden ließ: „Als die Vertreter der Arbeiterklasse, hielten und hatten die Sozialdemokraten den Terror für ein unzumutbares Kamouflage. . . . Wer der Terror hat diese sozialpolitische Ursachen und Triebkräfte. . . . Und von diesem Standpunkt aus haben die Sozialdemokraten, die den Terror als ein politisches Kampfmittel verwerten, sich nie und nimmer dazu verstehen können, dem Terror einen politischen Tadel auszusprechen, denn er wird genährt von der gesellschaftlichen Ordnung, an die sich die Regierung und die sie unterstützenden Klassen klammern.“

Die Niederlage, die die Regierung und die Mehrheitsparteien anlässlich dieser Interpellation erlitten, fand ihre Fortsetzung in der folgenden Sitzung. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation der Kadetten anlässlich der

ungeleglichen Verlängerung der Ausnahmestände, die seit 30 Jahren fortgesetzt in jedem Jahre verlängert werden. Der Moskauer Rechtsanwalt Tschelkenko wies in gründlicher Rede auf die Unhaltbarkeit dieser Zustände hin, die sämtliche Rechte der Bürger vernichten und den Nährboden bilden für die Korruption der Verwaltung und das verbrecherische Treiben der Schurken aus der Ochrana. Angefichts der juristischen Unantastbarkeit der von den Interpellanten vorgebrachten Argumente, die namentlich darin gipfelte, daß die Ausnahmezustände seit 1906 jeder gesetzlichen Grundlage entbehren, mußten die Oktobristen zähneknirschend die Interpellation annehmen. Sie rächten sich aber damit, daß sie Tschelkenko für 15 Sitzungen aus der Duma ausschlossen, weil er in seinem Schlusswort den Ansprach Tschelkenko's an sich hatte, die Ausnahmezustände habe schon zwei Königen, dem englischen und dem französischen, den Thron gekostet. Bei der Abstimmung votierte die Rechte mit der Opposition, weil sie die Debatte für ihre Propaganda des Absolutismus auszunutzen gedankt. Da die Dringlichkeit angenommen worden ist, dürfte diese Debatte schon in den nächsten Wochen stattfinden.

Die folgende Sitzung brachte den Sozialdemokraten den Erfolg, daß die Besprechung einer im vorigen Jahre eingebrachten Interpellation wegen der Vergewaltigung der Presse durch den Petersburger Stadthauptmann mit einem Mißtrauensvotum gegen die Regierung endete, das mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde. Darauf und auf die Ergebnisse der vorhergehenden Debatten beschränken sich aber die positiven Errungenschaften der ersten Session. Bei der artikelweisen Beratung des Unfallversicherungsgesetzes für Arbeiter, die fast drei Sitzungen ausfüllte, gelang es den Sozialdemokraten nicht, eine Verbesserung dieses arbeitereindlichen Gesetzes zu erzielen. Sämtliche Verbesserungsanträge wurden von dem Block der Junker und Kapitalisten glatt abgelehnt. Es gelang unteren Genossen bloß, die Ausdehnung dieses Gesetzes auch auf den Kaukasus, der ursprünglich ausgeschlossen war, durchzusetzen. In der Frage des Arbeiterlohgesetzes fand die Duma ihr wirkliches Gesicht wieder und bekannte sich, von keinen Meinungsverschiedenheiten zerrissen, in ihrer überwiegenden Mehrheit zu dem Standpunkte des kräftigsten Klassenegoismus und der Feindschaft gegen die Arbeitermassen.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 11. November 1911.

203. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitzung: v. Kiderlen-Wächter, Delbrück, Dr. Solf, Bischoff, Bismarck.

Am Dienstag abend spricht Genosse Kasch-Hamburg im großen Saale des Gewerkschaftshauses über die . . . Vorstehenden

## Bürgerchaftswahlen.

Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt dafür, daß diese Versammlung durch einen Massenbesuch eine wichtige Demonstration gegen den in Lübeck herrschenden Klügel und dessen unheilvolle Politik wird.

## Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreger.

(39. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Er hatte mehr Enttäuschung von ihr erwartet; und nun verteilte sie ihm beinahe noch. Das war es eben, das hatte er befürchtet, denn alte Liebe rostete nicht, und wenn so ein alter und wütender Geselle wieder zu stößen begann. . . . In mancher Stunde der letzten Tage hatte ihm dieser Gedanke geplagt, obgleich er sich ein „Pfiu“ über die Verdächtigung seiner Mutter zugerufen hatte. Schließlich gab sie ihm aber selbst Veranlassung, in diese Phantasieverirungen hineinzugeraten.

„Das käme doch sehr auf die Probe an, Mama“, sagte er ärgerlich. „Alle Lumpen sind feige.“

Erschreckt blickte sie auf, denn so deutlich war er noch nie gewesen. Sie wagte aber nichts mehr zu sagen aus Furcht, er könnte sie in tödliche Verlegenheit bringen.

Als er dann aber wieder ging, sah sie ihm an, daß er etwas Schmerzliches mit sich trug. Und sie merkte es ihm von Tag zu Tag immer mehr an, obgleich er Emmerich nicht mehr nannte, der jetzt seinen Weg wie ein Herrscher an ihm vorüber nahm, ohne viel mehr als mit einem Kopfnicker zu grüßen. Das machte die Abwesenheit des Chefgemahls, wodurch sich der schöne Debo in Sicherheit wiegte. Er kam jetzt des Morgens noch unregelmäßiger als sonst, und niemand wagte darüber zu sprechen; denn alle erblickten in ihm den Bevorzugten, den Schützling der Frau Chef, der von ihr besonders dazu aufgesehen sei, unausgesprochen bei ihr einzutreten und mit ihr zu konfrieren. Am allerwenigsten fiel es Ahlemann ein, seine Klage zu erneuern, nachdem ihn noch an dem Gesellschaftsabend Frobels senior im Namen seiner Frau auf das Firtümlche in seinem Bericht aufmerksam gemacht hatte.

Und so spielte Triller-Debo jetzt erst recht den Forschein, lang noch vergnügter beim Umhergehen und füllte die Zeit noch mehr damit aus, immer dort zu sein, wo er am wenigsten zu suchen hatte. Da ihm vormittags noch immer der Nachtrausch im Kopfe saß, so glaubte er sich am besten Klärung zu verschaffen, wenn er sich in sämtlichen Räumen des großen Hauses blicken ließ und sich mit jedermann Dinge erzählte, die so überflüssig als möglich waren. Natürlich blieb das große Kontor die Hauptablagerrungsstätte für derartige Begrüßungen, die fast immer von kleinen Senkzen begleitet waren. Allmählich hatte man die Emp-

findung, in ihm den eigentlichen Geschäftsführer zu sehen, der immer unterwegs sei, und seine Nase in alle Dinge zu stecken. Denn nach und nach nahm er die Gewohnheit an, sich auch um die geschäftliche Tätigkeit der Herren zu bekümmern und Fragen zu stellen, die nicht ganz am Platze waren.

„Haben Sie schon gehört, daß Herr Ahlemann kündigt wird?“ sprach eines Nachmittags der alte Herold zu Günther, und zwar noch verschleimter als sonst, denn er hatte sich infolge des Wetterumkluges einen gehörigen Schnupfen weggeholt. „Benignigens behaupten es die Herren nebenan.“

Günther lachte darüber. „Ach, das sagt er nur so. Das wäre ja auch noch schöner. Eher müßte doch Emmerich fliegen.“

„Nein, nein, es ist so. Sie können sich darauf verlassen.“

Es verhielt sich wirklich so: Ahlemann behauptete, unter solchen Umständen die Geschäfte nicht weiter führen zu können. Seine verletzte Eitelkeit sprach mit und besonders die Tatsache, daß der „Repräsentant“ ihn seit der Verklatschung über sah, oder ihn doch wie einen Herrn behandelte, auf den er nicht zu hören brauche.

Frau Frobels, die den bei dem Personal sehr beliebten Ahlemann nicht entbehren konnte, war sehr betrübt und versprach, einen Ausgleich zu schaffen. Sofort bat sie Emmerich zu sich herauf und teilte ihm mit, wie die Sache stand.

„Aber so lassen Sie ihn doch gehen. . . . selbstverständlich“, sagte der schöne Debo, „dann übernehme ich den Posten, ich, ich. Er hat doch wohl halbjährliche Kündigung, wie? Nun also, Zeit genug, um mich hineinzuwenden.“

Sie hielt ihn zuerst für übergeschnappt, erwiderte dann aber ruhig: „Die Sache ist viel zu ernst, als daß Sie solche Witze machen. Dazu gehört ein gelernter Kaufmann.“

Er wollte sie auch nur ärgern, ließ sie aber in dem Glauben, daß er es ernst meine. Das sei gar nicht so schlimm, wie sie sich es denke; zu was seien denn die vortragenden Räte im Kontor vorhanden, die ihm zu helfen hätten.

„Und dann sehen Sie, wie schön wäre es, wie schön, wenn Sie immer nur mit mir zu konfrieren hätten! Alles ginge durch unsere Hände, nur allein durch unsere. Hören Sie mal, das wird großartig, ganz großartig.“

Und im Augenblick selbst davon überzeugt, wandelte er mit großen Schritten durchs Zimmer, ganz der Illusionist, der sich an einem neuen Gedanken berauscht.

„Haben Sie vielleicht auch noch den Wunsch, Kompanion zu werden?“ fragte sie gelassen. „So ein kleiner Teufhaber an meinen Einkünften sind Sie ja schon.“

Emmerich lachte breit auf. „Kompanion? Das wäre noch großartiger. Ein wunderbarer Einfall von Ihnen, ganz wunderbar. Was sind Sie für eine geniale Frau. Hören Sie, hören Sie!“

Sie tat so, als zöge das nicht bei ihr. „Und dann würden Sie die alte Firma zugrunde wirtschaften, so wie Sie Ihre Stimme zu Grunde gerichtet haben, nicht wahr?“

Emmerich belustigte sich darüber. „Mit Ihnen zusammen, Verehrte, gewiß.“ Und aus Übermut begann er eine Melodie zu summen, wobei er weiter durchs Zimmer marschierte. Endlich blieb er wieder stehen und strich mit der flachen Hand über die weiße Weste, den verlangenden Blick auf Frau Frobels gerichtet. „Göttlich, göttlich! Wenn Sie Witwe wären, Ernestine, würde ich Sie heiraten; auf der Stelle. Und dann würden wir in später Liebe schwelgen. . . so alles Veräumte nachholen, wissen Sie. Herrlich, herrlich, Tajaja.“

Und er schmettete den Dreißilber wieder wie eine Fanfare hinaus.

„Sie haben schöne Träume“, sagte Frau Frobels, ohne von ihrem Schreibtisch aufzublicken.

„Gott sei Dank. Diese Träume haben mich immer frisch erhalten.“

„Und daneben mein Geld.“

„Seien Sie doch nicht wieder so banal“, eiferte er süßlich. „Wer wird denn so materiell denken, wenn ich Ihnen mit paradisischen Gedanken komme.“

„Verschwenden Sie die doch lieber an Ihre augenblickliche Herzens — Dame“, sagte Frau Frobels, indem sie das Wort durch ein Räuspern zerriff. „Sie verschwenden ja sonst genug.“

Sie hatte darüber hübsche Geschichten gehört und zwar von Günther, der natürlich so tat, als hätte er heimlich Erkundigungen eingezogen. In Wahrheit war ihm diese Mitteilung durch Mina geworden, die die süße Zheba aus Neugierde eines Nachmittags in dem molligen Nestchen besucht hatte, das ihr der schöne Debo in der Nähe des Rollendortplatzes eingerichtet hatte; mit teuren Möbeln und mit all dem modernen, geschmeidigen Luxus, ohne den eine plöcklich beutegiert gewordene Künstlerin dritten Ranges nicht mehr.





Kriegstreiber mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten werde. Das ist ja eigentlich etwas selbstverständliches. Übrigens war es eine Versammlung der inneren Parteioffiziere, wo neben anderen Parteigeschäften auch diese Frage erörtert wurde. Die Meinung der Berliner Parteigenossen ist vierzehn Tage später in der Demonstration in Treptow und der dort gefassten Resolution zum Ausdruck gekommen: für diese ist die Sozialdemokratie verantwortlich, nicht für das, was irgend ein Berliner Blatt Däumling hat reden lassen. Herr Mugdan hat mit nicht genug Verachtung von der Bedeutungslosigkeit solcher Demonstrationen sprechen können. Er nennt sich zwar Mitglied einer Volkspartei, aber wahrscheinlich meint er nur die Abgeordneten, die Gemeindebevollmächtigten und die Bezirksvorsteher seien das Volk, das mitzureden hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Über die Mißachtung, mit der Herr Mugdan von den Versammlungen sprach, ist nur Meid, weil seine Anhänger in Berlin

#### in einer einzigen Drofsche

spazieren fahren können. (Geisterzeit.) Es ist die alte Geschichte vom Kuhhirten in Alm, der, als man ihn nicht wiedermählte, sagte, er pißte auf das Amt. (Geisterzeit.) Man muß scharf unterscheiden zwischen einer Agitation zur Verhütung des Krieges und einer Agitation nach Ausbruch eines Krieges. Wir haben alles zu tun versucht, um den

#### Ausbruch eines Krieges

um einer so elenden Sache wegen, wie Marokko, zu verhindern. Sie können daher nur Dummköpfen damit kommen, daß wir landesverräterische Zwecke mit den Friedensbestrebungen verfolgen. Wenn die Regierung wirklich von Anfang an den Frieden gewollt hat — und das muß man nach ihren Erklärungen annehmen, so können die Friedensdemonstrationen, ihre Stellung gegen die Kriegshetze und ihr

#### verbrecherisches Treiben

nur gestärkt haben. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wenn nach den Resolutionen, die in Treptow, in Jena, in Stuttgart gefast sind und nach den hier in autoritativer Weise abgegebenen Erklärungen noch jemand dieselben Beschuldigungen wieder gegen uns erhebt, so muß man ihn einfach als einen Verleumder abtun. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Vizepräsident Sch u l z bittet die Redner, die noch sprechen wollen, zur Tagesordnung, nämlich zum Marokkoabkommen zu sprechen. (Gr. Geisterzeit.)

Erzberger (3.): Herr Fischer hat hier lediglich eine verlorene Schlacht durch eine Rückzugskanonade massieren wollen.

Damit schließt die Debatte.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird das Marokko- und Koogabkommen der Budgetkommission überwiesen, ebenso die dazu gestellten Anträge.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Interpellationen Albrecht (S.D.) über die Maßregelung der Eisenbahner. Schluß 6 Uhr.

### Aus der Partei.

Stadtverordnetenwahltag. Bei der Freitag mittag beendeten Stadtverordnetenwahl in Bar men haben erhalten: Die Sozialdemokraten 1023 bis 10164, die vereinigten bürgerlichen Parteien 6929 bis 7168 Stimmen. Unsere Genossen haben fünf neue Mandate erobert.

Die Reichstagskandidatur für Frankfurt-Lebus. Die Generalversammlung der Kreisorganisation für den Wahlkreis Frankfurt-Lebus übertrug die durch den Rücktritt des Genossen Haber erledigte Reichstagskandidatur dem Stadtverordneten Genossen Dr. Hermann Wegl-Berlin.

Gegen den Krieg. Dem Rufe des Internationalen Sozialistischen Bureaus folgend, in den wichtigsten Städten Europas gegen die neuesten Kriegsgreuel des Kapitalismus, den italienischen Ausbruch nach Tripolis, zu protestieren, hielt am Donnerstag abend die Arbeiterklasse Leipzig eine gemächliche Versammlung in der mächtigen Albert-Halle des Leipziger Kräftepalastes ab. Schon lange vor Beginn der Versammlung war die riesige Halle gefüllt und mußte abgeperrt werden, sodaß die Menge in den angrenzenden Straßen wogte. Ein reichliches Schutzmannsaufgebot „sorgte“ für „Ordnung“, die freilich nirgends gestört wurde. Genosse Dr. Wegl referierte und zeigte in geschichtlicher Folge die neueste Entwicklungsform des Kapitalismus, den Imperialismus, der in Marokko den Weltfrieden bedrohte und in Tripolis jetzt seine blutigen Triumphe feierte. Die Versammlung nahm die großzügige, die wirtschaftlichen Wurzeln des völkerverheerenden Imperialismus bloßlegende Kritik mit stürmischem Beifall entgegen. Sie stimmte den

Schlußfolgerungen des Referenten zu, daß aus dem gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Wirrwarr es keinen Ausweg gebe, als die Eroberung der politischen Gewalt durch das Proletariat, das bedeute die Beseitigung des Kapitalismus und die Herbeiführung des Sozialismus. Die vorgelegte Protestresolution wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen und die imposante Kundgebung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

### Gewerkschaftsbewegung.

Ein Scharfmacher in der Branndindustrie. An Scharfmacherei und Verächtlichmachung der organisierten Arbeiter leitete der Syndikus der Norddeutschen Brauereivereinigung, Rechtsanwalt Schmidt-Bielefeld in einem Artikel in der „Tageszeitung für Brauereien“ mehr, als darin bisher wohl geleistet worden ist. In diesem Artikel behandelt Rechtsanwalt Schmidt den vor kurzem siegreich bestandenen Kampf der Brauereiarbeiter in Bremen mit der Bremer Brauereisozietät, der Unternehmerorganisation. Schmidt war dort Verhandlungs- und Wortführer der Unternehmer und seine dort elend Schiffsbruch gelitten. Deshalb nimmt er Veranlassung, seinem gequälten Herzen Luft zu machen. Bekanntlich hatten die Bremer Brauereiarbeiter sich von Hamburg etwa 400 Hingebredler als Arbeitswillige kommen lassen, Leute, die selbst von ihrem Lieferanten Franz Holz als Lumpen bezeichnet wurden, die in der Mehrzahl mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft seien. Eine Probe ihrer „Qualität“ legten die Hingebredler ja auch in der Kaiserbrauerei ab, wo sie sich gegenfeitig halbtot schlugen, sodaß eine Anzahl nach dem Gefängnis gebracht, andere in Vollzeigewahrsam genommen werden mußten. Da diese Arbeitswilligen mit Revolvern, Totschützern und Knütteln bewaffnet waren, war es kein Wunder, wenn sie Aufläufe verursachten. Und so kam es auch, daß halbwürdige Burden sich an ihnen rieben, und schließlich auch Sachen verübten, die am allerwenigsten die Streikenden billigten. Diese Dummenjungenreiche denunzierte nun Rechtsanwalt Schmidt als „offener Aufruhr“ und „Landfriedensbruch“, macht dann der Bremer Polizei den Vorwurf, daß sie nicht energisch genug vorgegangen sei und jammert, daß es in Bremen gänzlich an verlässlichen Schutzleuten mangle. Zu dieser unberechtigten Denunziation gesellt Rechtsanwalt Schmidt eine leichtfertige Vertretung der Arbeiterorganisationen. Ausdrücklich will er nicht behaupten, daß die Streikenden den „offenen Aufruhr“ und „Landfriedensbruch“ begangen hätten, aber: „die Arbeiterorganisationen wissen eben ganz genau, daß sie ihre eigenen Leute, die man möglicherweise erkennen und zur Anzeige bringen könnte, nicht vorzuführen brauchen; ihnen stehen ja stets in der ausgiebigsten Weise Hilfstruppen in der gesamten übrigen Arbeiterschaft und dem stets mit dieser gegen den Arbeitgeber sympathisierenden Kanonagel in reichstem Maße zur Verfügung.“ Aber Herr Schmidt geht noch weiter. Sein Sehnen geht nach Beseitigung des Koalitionsrechtes, nach Verbot des Streiks und Boykotts und größerem Schutz der Arbeitswilligen. Er schreibt: „Alle die schönen Theorien über die wirtschaftliche Berechtigung des Boykotts und des Streiks als Kampfmittel sind in Bremen glatt ad absurdum geführt, und es hat sich wieder einmal an einem treffenden Beispiele gezeigt, daß der Schutz der Arbeitswilligen, wie ihn § 153 der Gewerbeordnung vorschreibt, einfach auf dem Papier steht.“ Schmidt zeigt deshalb auch große Liebe zu den Hingebredlern und besonders zu deren Lieferanten und nimmt sie in Schutz, die „durch die maßlose Verheerung der sozialdemokratischen Presse und gewisser sogenannter bürgerlicher Blätter . . . in manchen Kreisen der öffentlichen Meinung diskreditiert“ sind. Um das Bild vollständig zu machen, sei darauf hingewiesen, daß Herr Schmidt höhnt über das „beliebte Schlagwort der Arbeiter . . . die durch diese Gesehgebung bedingte allgemeine Teuerung müsse in Gestalt höherer Löhne wieder ausgeglichen werden“. Diese stellt er in Parallele mit der Erhöhung der Beiträge zu der Gewerkschaftskasse. Herr Schmidt ist reif für den Reichsverband!

### Soziales.

Maßnahmen gegen die Teuerung. Das Berliner Stadtparlament beschäftigte sich am Donnerstag auch mit der allgemeinen Teuerung. Der Antrag unserer Genossen, der die Verbesserung der Gehälter und Löhne gewisser Kategorien von häuslichen Beamten, Hilfskräften und Arbeitern fordert, wurde am 28. September einem Ausschuss überwiesen, der nunmehr folgenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung unterbreitete: „Die Versammlung erucht den Magistrat, den Besoldungen der städtischen Angestellten und

Arbeiter, welche bei den bestehenden Teuerungsverhältnissen mit ihren Gehältern bzw. Löhnen ohne Gefährdung ihres Unterhaltes für sich und ihre Familie nicht auskommen können, eine angemessene Teuerungszulage zu gewähren und der Versammlung eine entsprechende Vorlage innerhalb vier Wochen zu übermitteln.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Unsere Genossen eruchten in ihren Reden der Magistrat, schnelle und gute Arbeit zu machen.

Konzentration des Spirituskapitals. Zwischen der Spirituszentrale und den ringfreien Spiritusfabriken werden Verhandlungen gepflogen, die eine Vereinigung bezwecken. Der Abschluß der Verhandlungen soll bevorstehen. Die Folge wird eine weitere Schröpfung der Spirituskonzumenten sein.

### Aus dem Gerichtssaal.

Gerichtliches Nachspiel einer Eisenbahnkatastrophe. Am 2. August sprang infolge Überführung auf ein falsches Geleise auf der Strecke Wittenberg-Güterdorf bei Niedergörsdorf die Maschine eines Zuges aus dem Geleise. Infolgedessen schoben die Wagen sich quer vor und vier Personen kamen zu Tode. Fünf standen wegen dieser Affäre die drei Eisenbahnbeamten Clemens, Stephan und Niehe vor Gericht. Die beiden ersteren wurden freigesprochen; Niehe, der das Einfahrtssignal verkehrt gegeben hatte, wurde wegen fahrlässiger Tötung und Transportgefährdung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bemerkenswert ist, daß in der Verhandlung ein Sachverständiger aussagte, auf kleinen Bahnhöfen werde zu sehr mit Personal gespart. Damit wird eine Tatsache bestätigt, auf die von unserer Seite schon öfter hingewiesen worden ist.

Ein betrügerischer Bahntechniker ist von der Mainz-er Strafkammer zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Betrüger, der jetzt in Erfurt wohnende Bahntechniker Zihang, hatte einer Frau vom Lande sämtliche gesunden Bahne ausgezogen und ihr dann um teuren Preis ein minderwertiges Gebiß aufgeschwätzt. Die vorhergehende Justanz hatte nur auf 50 Mk. Geldstrafe erkannt.

### Aus Nah und Fern.

Bei Schachtarbeiten ist in Königsbütte durch plötzlich auftretendes Grundwasser ein Erdrutsch erfolgt. Die Erdmassen ver schütteten vier Arbeiter, von denen drei teils schwer, teils leicht verletzt geborgen wurden. Nach dem vierten Verunglückten wird noch gesucht.

Geschlechtertrennung auch nach dem Tode! Die Liebestragödie, die sich kürzlich in einem Hotel in Potsdam abspielte, und bei der der Musiker Erich Elbe und die 17 Jahre alte Photographentochter Melanie Scherner durch den Genuß von Zyankali den Tod fanden, hat noch ein peinliches Nachspiel erfahren. Die beiden Toten, die seinerzeit fest umschlungen aufgefunden wurden, sollten auf dem Friedhof der Gemeinde Blöthen beigesetzt werden. Sie waren zu diesem Zweck in einem Sarg von Potsdam nach Blöthen überführt worden. Wider Erwarten stellten sich aber der Beerdigung Schwierigkeiten entgegen. Die Vertreter der Kirchenbehörde erklärten, daß die beiden Leichen getrennt in zwei verschiedenen Särgen beigesetzt werden müßten. Die Trennung der Toten konnte nach nicht vorgenommen werden, da sich dazu das Eingreifen medizinischer Sachverständiger als notwendig erwies. Die Beerdigung mußte infolgedessen verschoben werden.

Die Sonne krönt es an den Tag. In Götting bei Gra; wurden die Verblichen einer Mutter entdeckt, die zum Teil schon jahrelang zurückliegen. In der Wohnung der 29-jährigen Näherin Marie Bösch wurden die überreste dreier Kinderleichen gefunden. Die Leichen befanden sich in einer Holzlade. Die überreste der einen Leiche müssen schon drei Jahre dort verborgen gehalten worden sein. Die Näherin gestand, ihre drei unehelichen Kinder gleich nach der Geburt ermordet zu haben, da ihr Geliebter ihr jede Unterstützung verweigerte.

Explosion. Als die Frau des Besitzers Sirko in Suwalki mit offenem Licht ihren Keller betrat, in dem überlagerte, erfolgte eine Explosion. Das Haus wurde ein Raub der Flammen. Das Ehepaar Sirko und ein dreijähriges Mädchen sind in den Flammen ums Leben gekommen, während mehrere Personen verletzt wurden.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Zämtlich in Lübeck.

### 12. Distrikt.

Heute abend 8½ bei Groth,  
Kottwitzerstr. 16.

### D. T. V.

Vorstands-Sitzung  
Dienstag 8 Uhr.

Zellkomitee. Abrechnung  
Mittwoch, d. 15. November,  
abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Fast neues sch. Tuchjackett sowie  
2 br. Winterjack. u. 1 weiß. Kleid,  
Größe 42, billig zu verkaufen.

Wafenitzmauer 86.

Vereinigte  
Butterhändler  
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter  
kostet Pfd. 1.60 Mk.

Meine getöneten Kaffees  
in bekannter Güte und Preislage  
sind bestens empfohlen.

Joh. Böttcher  
Reiferstraße 43.

## Wer empfindet die jetzige Teuerung am meisten?

Die Hausfrauen, die bei gleichem Wirtschaftsgelde höhere Preise für Lebensmittel bezahlen sollen. Gegenüber den teuren Butterpreisen schafft einen Ausgleich die beliebte Qualitäts-Margarine

## Siegerin

Der vollkommenste Ersatz für Molkereibutter,  
aber nur halb so teuer!

A Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

## Die Neue Zeit

1 guterhalt. Wringmaschine  
billig zu verkaufen.

Wandelpstraße 23, part.

Eine 21-jähr. Bettfelle mit Sees  
grasmattage billig zu verkaufen.

Wandelpstraße 12, Dinteh.

Gefunden am Sonntag auf Neu-  
lauerhof ein Wortemonaie mit  
Zuhalt. Abzuholen Chajoststr. 12, H.